

Bericht aus dem Landeselternbeirat

Liebe Freunde, liebe Elternbeiratsvorsitzende,

das vergangene Jahr war für den LEB kein ruhiges Jahr. Die Turbulenzen nach dem Rücktritt meines Vorgängers waren kaum abgeebbt und nach einer Klausur am Jahresanfang ein konstruktives Miteinander vereinbart, da waren nach kurzer Zeit schon wieder Stürfeuer angesagt.

Die uns selbst auferlegte Zurückhaltung zum diesjährigen Lehrereinstellungsverfahren wurde uns von manchen zum Vorwurf gemacht. Dabei waren mit dem Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulpflicht und dem optionalen 10. Schuljahr an HWRS auch zwei unserer Forderungen zugleich Auslöser einer größeren Unsicherheit hinsichtlich des Übergangsverhaltens der Schüler – das im Vergleich zu sonst noch spätere Einstellungsverfahren konnten und wollten wir notgedrungen mit tragen. Dies gefiel aber nicht jedem, der es lieber gesehen hätte, der LEB hätte ebenso vehement und zum Teil unter Verwendung unlauterer Zahlen die bereits ziemlich aufgeheizte Stimmung weiter angeheizt.

Dem haben wir uns mit Bedacht entzogen, weil wir uns auch in dieser Zeit darum bemüht haben, das äußerst komplizierte und undurchsichtige Verfahren der Lehrerstellenzuweisung, Fördertöpfe, Stundenkontingente etc. zu durchleuchten. Leider müssen wir nach ca. einem halben Jahr eingestehen, dass es uns bis heute nicht gelungen ist, bis ins Letzte durchzudringen. Obwohl uns von der Ministerin bereits im April volle Transparenz versprochen worden war, haben wir bis heute keine aussagekräftigen Zahlen für alle Schularten vorliegen und mussten uns widerwillig mit dem Hinweis begnügen, „unter dem Strich“ werde im Schuljahr 2012/13 wohl eine schwarze „Null“ stehen (was für viele Gymnasien wg. des Wegfalls des doppelten Jahrgangs wohl auch zutrifft).

Wir haben erhebliche Energien darauf verwendet, die strukturelle Unterversorgung der Beruflichen Schulen zu hinterfragen und ihr abzuwehren, doch dies blieb mangels finanzieller Mittel ein unerfüllter Wunsch.

Die nach dem Bericht des Rechnungshofs zunächst angekündigte Streichung von über 14 000 Lehrerstellen bis 2020, bald darauf von MP Kretschmann auf 11 600 reduziert, ist nach unserer einhelligen Auffassung eine fatale Abkehr vom im Wahlkampf vollmundig versprochenen Bildungsaufbruch. Nach dem Ausbau der frühkindlichen Förderung, dem Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit und der schrittweisen Erhöhung der Krankheitsvertreter-Reserve stehen damit alle weiteren bildungspolitischen Ziele zur Disposition: Ausbau der Ganztagschulen, Umsetzung der Inklusion, verstärkte individuelle Förderung über alle Schularten hinweg, nicht nur in der Gemeinschaftsschule.

Wir haben uns in vielen Gesprächen vehement gegen die diskutierte Abschaffung der Fremdevaluation gewehrt, weil das auch ein weiteres fatales Signal an die Schulen wäre, in ihren Bemühungen um eine schülerzentrierte Pädagogik nachzulassen. Trotz mehrfacher Nachfragen werden uns mit Verweis auf demnächst stattfindende Kabinettsberatungen konkrete Einsparpläne nicht genannt – und dieses „Schweigen“ lässt uns nichts Gutes erwarten.

Ebenso werden wir im Unklaren über die Eckpunkte der regionalen Schulentwicklung gelassen –

auch hier mit dem Hinweis auf demnächst stattfindende Entscheidungen im Kabinett.

Manche Referate des Kultusministeriums sind allerdings sehr kooperativ und bemühen sich ständig, unsere Anregungen aufzunehmen und in die Weiterentwicklung von Vorlagen einzuarbeiten, der Kontakt kann hier wirklich als vorbildlich bezeichnet werden (v.a. der Bereich frühkindliche Bildung/Grundschule ist zu loben).

Das geplante Vorgehen und die Zeitschiene zur Umsetzung der Bildungsplanreform 2015 wurde uns präsentiert und es wurde ebenfalls dargelegt, dass diese Arbeiten durch Aufnahme in eines der Online-Bürgerbeteiligungsprojekte des Staatsministeriums auf mustergültige Art und Weise transparent ablaufen werden. Wir selbst sind durch Vertreter in dieses Verfahren eingebunden, wie übrigens auch Vertreter der Berufsverbände.

Der Landeselternbeirat hat als Gesamtgremium ein großes Interesse daran, dass bei der notwendigen Neufassung des einheitlichen Bildungsplans zwar alle Schulabschlüsse von vornherein bedacht werden, auch soll die Qualität der Bildungsabschlüsse nicht unter der Synchronisierung der Übergänge leiden. Es ist dem Gremium aber ein wichtiges Anliegen, dass sich weder die verschiedenen Schularten noch die Eltern hierbei durch die Forderung nach einem eigenen Bildungsplan für das Gymnasium auseinander dividieren lassen wollen. Wir missbilligen daher bereits erfolgte Versuche, aufgrund von Teilinformationen und Mutmaßungen Eltern in Aufruhr und Sorge um die Bildung ihrer Kinder zu versetzen und erwarten eine Rückkehr zur sachlichen Auseinandersetzung.

Die Forderungen, die die ARGEn gymnasialer Eltern derzeit diskutieren, (und worüber auch Sie heute beraten werden) haben nicht nur den Rückhalt der gymnasialen Vertreter im LEB, sondern in weiten Teilen des gesamten Gremiums.

Ich erspare Ihnen hier die Aufzählung aller Beratungsgegenstände des LEB im vergangenen Jahr en Detail – diese können Sie bei Bedarf gerne auf der Homepage des LEB nachvollziehen.

Mein Fazit lautet: die Atmosphäre im Kultusministerium hat sich geändert, es ist leichter geworden, auch problematische Sachverhalte anzusprechen. Auch ist das Bemühen um Transparenz und rechtzeitige Einbindung des LEB nicht zu verkennen, wir haben auch den Eindruck, es ist ernst gemeint. Allerdings ändert das nichts daran, dass die derzeit regierenden Parteien sich die Klärung wichtiger Eckpunkte vorbehalten haben und im Kultusministerium insofern keine Beratung stattfinden kann – weil wir die wesentlichen Entscheidungen genauso wie Sie erfahren: aus den Schlagzeilen! Die „Politik des Hinhörens“ will noch geübt werden.....

Ich bedauere, dass ich selbst nicht anwesend sein kann (bin beim BER in Potsdam), wünsche Euch/Ihnen einen guten Verlauf der Herbsttagung und bitte grüßen sie auch Herrn Schüly.

Theo Keck
Vorsitzender des Landeselternbeirats